

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نپاشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Aus: [Ausgabe vom 19.03.2019](#), Seite 1 / Ausland
Frankreich und die »Gelbwesten«

Junge Welt
20.03.2019

Krisensitzung in Paris

Nach »Gelbwesten«-Protesten: Macron fordert »sehr entschlossen« Politik der Härte



AP Photo/Christophe Ena

»Sicherheitskraft« bei einer Demonstration der »Gelbwesten« am Samstag in Paris

Die französische Regierung prüft nach den Demonstrationen der »Gelbwesten« am Wochenende ein härteres Vorgehen gegen »Randalierer«. Präsident Emmanuel Macron berief dazu am Montag eine Krisensitzung im Élysée-Palast ein. Seine Regierung erklärte, es habe Fehler bei der Polizeistrategie gegeben, die zu personellen Konsequenzen führen könnten.

Macron zeigte sich bei dem Krisentreffen nach Angaben eines Vertrauten »sehr entschlossen«, eine Politik der Härte gegen »Gewaltbereite« zu verfolgen. Premierminister Édouard Philippe wollte noch am Montag nach jW-Redaktionsschluss Ergebnisse mitteilen. An dem Termin nahmen auch Innenminister Christophe Castaner und Justizministerin Nicole Belloubet teil.

Premier Philippe hatte nach einer ersten Sondersitzung am Sonntag von »Unzulänglichkeiten« bei der Polizei gesprochen. In Paris wird bereits seit längerem über eine Abberufung von Polizeipräfekt Michel Delpuech spekuliert. Aus den Reihen der konservativen Republikaner wird zudem der Ruf nach einem Rücktritt von Innenminister Castaner laut. Macron und Castaner hätten das »Ausmaß der Gewalt unterschätzt«, erklärte Parteichef Laurent Wauquiez auf Facebook. Politiker aus dem linken Lager fordern einen Schwenk Macrons in der Sozialpolitik und damit den Forderungen der »Gelbwesten« nachzukommen.

Das französische Parlament hat bereits ein Gesetz für erleichterte Demonstrationsverbote und ein schärferes Vorgehen gegen Vermummte verabschiedet. Wegen mehrerer Einsprüche kann es allerdings erst dann in Kraft treten, wenn der Verfassungsrat über seine Rechtmäßigkeit entscheidet. Das sogenannte »Antirandalierergesetz« würde es erstmals Präfekten ermöglichen, ohne richterliche Grundlage Demonstrationsverbote auszusprechen. verurteile den »Ausbruch von Gewalt und von Zerstörungswut in Paris«, wie Regierungssprecher Steffen Seibert in Berlin mitteilte. »Mit friedlichem demokratischen Protest hat das nichts zu tun«, sagte er. Seibert betonte, Berlin unterstütze Paris im Bemühen, die Sicherheit und Ordnung sicherzustellen. (AFP/jW)